

Herr Waldärtl erläuterte dem Ausschuss nochmals die Inhalte des Antrages und das damit verbundene Ziel.

In der anschließenden Diskussion, an der sich insbesondere Frau Stelgens, Frau Ruland, Herr Waldärtl, Herr Radke, Herr Misch, Herr Junker sowie Herr Lübken und Herr Quiter beteiligten, wurde die Problematik der politischen Bildung in einem Jugendzentrum erörtert.

Es bestand im Ausschuss Einvernehmen dahingehend, über die Angelegenheit der politischen Bildung Jugendlicher im Unterausschuss „Jugendarbeit“ zu beraten und daher diese Problematik dorthin zu verweisen.

Herr Waldärtl erklärte sich als Antragsteller hiermit einverstanden und den Antrag somit als erledigt.

Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss: